

TLZ 13. 12. 12

Heikle Standortwahl

■ Von Elmar Otto

Als die Thüringer die Ankündigung von BNK hörten, im Freistaat mittels eines giftigen Cocktails nach Erdgas bohren zu wollen, kannte die Empörung keine Grenzen.

Die einen dachten an die eigene oder die Gesundheit ihrer Kinder, weil mit dem sogenannten Fracking Risiken für das Grundwasser verbunden sind. Andere, die in den betroffenen Arealen gebaut haben, fürchteten um den Wert ihrer Immobilien.

Doch mittlerweile mussten sich die Gemüter eigentlich beruhigen. Zum einen hat Ministerpräsidentin Lieberknecht mit ihrem Nein zu dieser Bohrtechnik eine an Klarheit nicht zu überbietende Bot-

schaft ausgesandt. Zum anderen verspricht der Konzern selbst, dass Fracking nicht mehr zum Einsatz kommt.

Jetzt ist das Landesbergamt am Zug. Die dortigen Experten müssen alle natur- und umweltschutz- sowie wasserrechtlichen Aspekte abwägen, um dann überhaupt erst einmal seismische Untersuchungen zu erlauben oder zu untersagen.

Ungeachtet dieser amtlichen Entscheidung wird sich aber wohl an der ablehnenden Haltung der Menschen nichts ändern. BNK, ein Unternehmen, das hier möglicherweise über Jahrzehnte tätig sein will, sollte deshalb seine Standortwahl vielleicht noch einmal überdenken.

TLZ 13.12.12

Gas-Erkundungen noch nicht genehmigt

Gemeinden lehnen Verfahren weiter ab

■ Von Elmar Otto

Erfurt. Das Landesbergamt hat bislang noch keine Genehmigung für seismische Untersuchungen erteilt, um mögliche Erdgasvorkommen in drei Thüringer Arealen zu erkunden. Es werde zurzeit geprüft, ob der Antrag von BNK Deutschland „inhaltlich vollständig ist“, sagte der Leiter der Behörde, Hartmut Kießling, auf TLZ-Anfrage. Sollte nachgebessert werden müssen, komme es zu einer erheblichen Zeitverschiebung.

Nach Abschluss der Prüfung haben mehr als 50 Träger öffentlicher Belange wie Kreise, Ge-

meinden und Ämter vier Wochen Zeit, Stellung zu nehmen. Kießling sagt angesichts der Stimmung in der Bevölkerung: „Ich glaube nicht, dass irgendeine Kommune oder ein Landkreis dem Vorhaben zustimmt.“

BNK hatte am 30. November einen Antrag gestellt und möchte im Frühjahr 2013 mit Erkundungen beginnen. Von der umstrittenen Bohrtechnologie „Fracking“ hat sich der Konzern verabschiedet und will gegebenenfalls das Gas auf konventionellem Weg freisetzen.

Der Landtag votierte mit großer Mehrheit gegen Fracking.

Kommentar/Landesspiegel



Erfolgreicher Protest: Fracking wird es in Thüringen nicht geben. Dieses Machtwort sprach Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU), als ihr in der vergangenen Woche von Michael Zeng und Hartwick Oswald Tausende von Unterschriften überreicht wurden. Foto: Scheidel

TLZ 13.12.12

„Alles ist noch offen“

Erdgasförderung: Bislang keine Genehmigung für Seismik – BNK hält an Zeitplan fest

■ Von Elmar Otto

Erfurt. Wenn Dieter Wehmeyer derzeit in Thüringen unterwegs ist, schlägt ihm nicht selten eine Welle der Ablehnung entgegen. Er selbst würde das natürlich so nie formulieren, sondern sagt, die Menschen seien eben „teilweise sehr, sehr reserviert“. Aber das ist wohl geschmeichelt.

Der geballte Groll hat mit Wehmeyer persönlich indes nichts zu tun, sondern mit seiner Aufgabe. Der Geologe, bei BNK Deutschland für Genehmigungsplanungen zuständig, versucht in den Landratsämtern, Behörden und Ausschüssen des Freistaats, den Menschen die Angst vor dem Erdgasbohren zu nehmen. Ein Unterfangen, so scheint es momentan, das schier unmöglich ist.

Dass die Stimmung im Land derart emotional aufgeladen wurde, liegt eigentlich nur an einem einzigen Begriff: „Fracking“. Dabei hat BNK dieser umstrittenen, weil mit allerlei Umweltrisiken verbundenen Fördermethode bereits längst wieder eine Absage erteilt. Auch Wehmeyer betont im TLZ-Gespräch gestern erneut: „Es wird kein Fracking geben.“ Aber viele Menschen im Land, die sich

mittlerweile in zwei Bürgerinitiativen zusammengeschlossen haben, zweifeln an der Glaubwürdigkeit solcher Aussagen.

Angefangen hat alles damit, dass BNK, dessen Mutterkonzern in Kanada sitzt, im Januar 2010 beziehungsweise November 2011 vom Landesbergamt für fünf Jahre die Aufsuchungserlaubnis für drei insgesamt etwa 5000 Quadratkilometer große Areale erhielt. Im Februar 2012 gingen die Verantwortlichen damit erstmals an die Öffentlichkeit und sprachen von möglichen Vorkommen von bis zu 10 Milliarden Kubikmeter pro Jahr.

Im nördlichsten Claim, von BNK „Steinadler“ genannt, liegen unter anderem Heiligenstadt und Leinefelde und ein Teil Nordhausens. „Weinbergen“ erstreckt sich von Sondershausen über Mühlhausen, Bad Langensalza, Gotha, Erfurt bis Kranichfeld und an die Grenze Stadtilms. Sömmerda, Weimar und Apolda befinden sich im Gebiet „Seeadler“. Dort wolle man Erdgaslagerstätten erkunden und, wenn man fündig werde, „fracken“, hieß es damals. Also eine Methode anzuwenden, bei der ein Sand-Wasser-Chemikalien-Gemisch in etwa 1000 Meter Tiefe

in Gestein gepresst wird, um es aufzubrechen und Gas freizusetzen.

Weil durch diesen Giftcocktail Schäden für die Umwelt und das Trinkwasser nicht ausgeschlossen werden können, was unter anderem eine Studie des Umweltbundesamtes bestätigt, war der Aufschrei in den betroffenen Regionen groß. Filme im Internet von brennenden Wasserhähnen in Amerika trugen auch nicht gerade zum Glätten der emotionalen Wogen bei.

■ Egal wie das Amt entscheidet, es droht eine Klage

Inzwischen hat BNK längst neue Erkenntnisse. Bei genaueren Untersuchungen der Altdaten, habe sich herausgestellt, dass der Schiefer, in dem man bislang Gas vermutete, im Laufe der Zeit zu heiß geworden sei und die Vorkommen bereits entweichen könnten. Es werde deshalb nur noch horizontal im Zechstein gebohrt und auf den nachgeschalteten Prozess des „Hydraulic Fracturing“ verzichtet, sagt Wehmeyer. Bei dem nun bevorzugten Verfahren würden unbedenkliche Bohr-

spülungen wie beim Brunnenbau verwendet.

Doch ob dieses Stadium des Gasförderns je erlangt wird, ist längst nicht sicher. Zurzeit liegt nämlich nicht einmal die Erlaubnis für seismische Messungen vor, bei denen schwere Lkw mit Rüttelplatten Schallwellen in den Untergrund schicken.

BNK hat Ende November seinen 58-seitigen Betriebsplan beim Landesbergamt eingereicht. Dass in diesem Jahr noch ein Bescheid ergeht, ist unwahrscheinlich. Bei einer Genehmigung braucht das Unternehmen noch etwa sechs bis acht Wochen um verkehrs- und privatrechtliche Angelegenheiten zu regeln. Dennoch ist Wehmeyer weiter zuversichtlich, noch im Frühjahr 2013 mit Messungen anfangen zu können.

Doch es kann ebenso gut sein, dass eine Erlaubnis versagt wird. „Wir prüfen zurzeit die eingereichten Unterlagen. Alles ist noch offen“, sagt der Leiter des Landesbergamtes, Hartmut Kießling, der TLZ.

Und egal wie die Behörde entscheidet. Nach derzeitigem Stand scheint es mehr als wahrscheinlich, dass sich am Ende ein Gericht der Angelegenheit annehmen muss.